

Waldemser Rotkehlchen.



www.spd-waldems.de

Herausgeber: SPD-Waldems

9. Ausgabe Mai 2022

Auflage 3.000



Liebe Waldemser,

ich begrüße euch erstmals an dieser Stelle des Rotkehlchens. Tanja Pfenning hat mich bereits in der letzten Ausgabe angekündigt. Ich möchte mich herzlich bei ihr bedanken, dass sie mir einen gut funktionierenden Ortsverein übergeben hat und dafür, dass Sie weiter ein aktives Mitglied unserer Partei bleibt und auch weiter in der Redaktion des Rotkehlchens mitarbeitet. Anfang des Jahres hatte ich mir vorgestellt in meiner ersten Begrüßung im Rotkehlchen von positiven Dingen berichten zu können. Nach zwei Jahren Pandemie wünscht sich doch jeder von uns, wieder in ein einigermaßen „normales“ Leben zurückkehren zu können.

Dann geschah am 23.02.2022 was kaum ein Mensch für möglich gehalten hätte, Putin erklärte der Ukraine den Krieg und am 24.02.2022 begann Russland einen großangelegten Überfall auf die Ukraine. Wolodymyr Selenskyj, Präsident der Ukraine, rief am 24.02.2022 den Kriegszustand aus.

Das Udenkbare ist tatsächlich passiert, der erste Angriffskrieg in Europa seit dem zweiten Weltkrieg hatte begonnen und dauert jetzt schon über 90 Tage an. Inzwischen wissen wir, dass auch dieser Krieg seine hässliche Fratze zeigt. Das Bild, das sich nach dem Abzug russischer Einheiten in Butscha der Welt präsentiert, schnürt einem die Kehle zu. Hier sind Dinge passiert, die in unserer zivilisierten Welt für undenkbar gehalten wurden. Aber die Horden des Kreml, die nun die Ukraine verwüsten, beweisen uns das Gegenteil.

Liebe Leser, wer möchte in dieser Zeit Bundeskanzler sein? In einem Gespräch mit dem Spiegel hat Olaf Scholz erklärt, woher seine Zögerlichkeit, seine dreimal nachdenkende und immer wieder abwägende Art kommt.

Der Spiegel schreibt dazu:

„Letztlich geht es um rote Linien und die Furcht, Wladimir Putin könnte Atomwaf-

fen einsetzen, wenn er in die Enge getrieben wird. Und wer weiß wo? Ein Bluff der Russen? Wahrscheinlich. Nur wenn nicht, wäre das ein unfassbares Desaster. Aus dem Gespräch geht auch hervor, dass die Verantwortung seines Amtseids auf Scholz lastet. Er muss Deutschland schützen. Es ist ein Dilemma, das schwer aufzulösen ist“.

Mir persönlich ist ein nachdenklicher, abwägender "Dreimalüberleger" allemal lieber als ein holterdiepolter Blitzentscheider. Allerdings würde es mir helfen und ich mich sicherer fühlen, wenn mehr Kommunikation von Seiten unseres Kanzlers stattfinden und er uns Bürger öfters seine Überlegungen mitteilen würde.

Ich wünsche uns allen, dass dieser Krieg und das Leid der Menschen in der Ukraine ein baldiges Ende findet. Bedanken möchte ich mich bei allen, die durch Spenden und persönlichen Einsatz die Ukraine und die aus der Ukraine geflüchteten Menschen unterstützen.

Ihr

Jugendtaxi im Kreis

Initiative der Jusos entwickelt sich zur Erfolgsgeschichte – die weitere Ausweitung des Angebotes sollte das Ziel sein



Die Jusos im Rheingau-Taunus-Kreis begrüßen die gute Annahme des Jugendtaxis durch die Jugendlichen anlässlich der Halbzeit der einjährigen Testphase im Rheingau-Taunus Kreis. Wie wir in Erfahrung brachten, haben bereits über 1777 Personen die zugehörige App runtergeladen und es wurden an den Wochenenden seit Start des Projekts bereits über 330 Jugendliche sicher und bezahlbar nach Hause gefahren. Die Tendenz ist weiter steigend.

Am 10. September 2021 startete das Jugendtaxi im Rheingau-Taunus-Kreis. Ziel dieses Fahrangebotes ist es, dass junge Menschen in der Altersgruppe von 14 bis 20 Jahren sicher und bezahlbar von Freitag bis Sonntag nach Hause kommen. Das Jugendtaxi-Verfahren läuft dabei digital, die Jugendlichen laden sich eine App herunter und nutzen somit den Zuschuss für die Heimfahrt. Pro Fahrt erhalten alle berechtigten Jugendlichen einen 5 Euro Zuschuss. Diese Fahrunterstützung kann addiert werden, bei zwei Jugendlichen wird der Zuschuss zu 10 Euro, bei drei zu 15 Euro. Je mehr berechnigte Jugendliche sich also eine Fahrt teilen, desto größer der Zuschuss und um so besser für die Jugendlichen. Der Zuschuss wird über die Jugendtaxi-App verrechnet. Zwischen Landkreis und Kommune wird der Zuschuss aufgeteilt, der Kreis trägt 3 Euro und die Kommune 2 Euro. Von 17 Kommunen aus dem Rheingau-Taunus Kreis beteiligen sich 14, darunter alle Kommunen des Idsteiner Landes. Insgesamt beteiligen sich bisher 7 Taxi-Unternehmen an diesem Erfolgsprojekt, darunter auch Papa Taxi aus Idstein.

Für Lars Christ, Vorsitzender der Jusos Rheingau-Taunus, ist der Erfolg des Jugendtaxis eine Bestätigung für dessen Notwendigkeit: „Wir finden es sehr gut, dass sich so viele Jugendliche für diesen großartigen Service interessieren. Dieses Interesse bestärkt uns als Jusos in unserer Haltung, die wir von Anfang an vertreten haben: Ein solches Angebot in einem Flächenlandkreis ist absolut erforderlich.“ Er erwartet auch, dass die Nutzerzahlen in den kommenden Wochen und Monaten weiter zunehmen.

Neben der erfolgreichen Gesamtentwicklung des Jugendtaxis bietet die Halbzeit der einjährigen Testphase nun auch die Gelegenheit das Angebot fortzuentwickeln. „Als Jusos sind wir der Auffassung, dass das Jugendtaxi über die bisher angesprochenen jungen Menschen hinaus, noch weiter Anklang findet. Darum wollen wir die bisher geltende Altersbeschränkung (14 bis 20 Jahre) ausweiten. Insbesondere junge Menschen bis zu

einem Alter von 25 Jahren sollen in Zukunft auch vom Jugendtaxi profitieren.“ so Christ. Den Bedarf sehen die Jusos auch in dieser Altersgruppe. „Gerade die jungen Menschen bis 25 sind oft am Wochenende unterwegs. Somit stellt sich auch hier die berechtigte Frage nach einer bezahlbaren und sicheren Methode, um nach Hause zu kommen. Den bisherigen Erfolg und die gute Annahme sollte der Kreis daher zum Anlass nehmen das Angebot auszuweiten“, erklärt Lars Christ abschließend.

Haben Sie einen Notvorrat?

Gastbeitrag von Matthias Ott

Bereits das Jahr 2020 hat gezeigt, wie schnell es zu Engpässen bei Gegenständen des täglichen Bedarfs kommen kann. Im Vorfeld des so genannten 1. Lockdown wurden Teigwaren, Konserven und vor allem Hygieneartikel wie Toilettenpapier, aber auch Verbrauchsgegenstände wie Desinfektionsmittel knapp. Es kam zu so genannten Hamsterkäufen, welche durch die mediale Berichterstattung noch angefangen wurden. Aktuell zeigt sich wieder, dass die Verfügbarkeit bestimmter Güter stark von funktionierenden internationalen Handelsbeziehungen abhängig ist. Auch anderweitige Unterbrechungen der Lieferketten, wie Naturkatastrophen, großflächige Stromausfälle usw. können zu kurzfristigen Einschränkungen bei der Versorgung führen.

Diese Schwierigkeiten sind vermeidbar, wenn der persönliche Bedarf an Nahrungsmitteln und Hygieneartikeln für eine gewisse Zeit aus einem bestehenden Vorrat gedeckt werden kann. Wer immer „just in time“ einkauft, muss schneller auf Verknappungen reagieren oder ist, etwa bei Naturkatastrophen, unmittelbar auf Hilfe von außen angewiesen. Die Lösung für dieses Problem beschreibt das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe in seiner Broschüre „Für den Notfall vorgesorgt“.

Die Autoren gehen dabei von einem Notvorrat für 14 Tagen aus. Je nach Haushaltsgröße benötigt man dafür umfangreiche Lagermöglichkeiten und ein bisschen Planung, um durch Umwälzen den Vorrat immer aktuell zu halten. Allerdings sollte man sich nicht von diesen „Anforderungen“ erschlagen lassen: Jeder Vorrat ist besser als gar kein Vorrat. Auch eine Vorhaltung für 2 Tage, 5 Tage oder auch nur immer mal eine Kiste Wasser mehr einlagern hilft im Ernstfall schon

weiter. Wichtig ist, den Vorrat dann anzulegen, wenn die Güter noch nicht knapp sind um die benötigten Hamsterkäufe zu vermeiden.



Link zu der Broschüre:

https://www.bbk.bund.de/DE/Warnung-Vorsorge/Vorsorge/Bevorrat/bevorrat_node.html

Matthias Ott, 43, ist hauptberuflich als Leiter Controlling bei der ESWE Verkehrsgesellschaft tätig. Nebenberuflich bietet er Training und Beratung für Feuerwehren, Hilfsorganisationen und Behörden, Verkauf von Produkten zur Führungsunterstützung an und ist stellvertretender Wehrführer im Ortsteil Esch.

Zensus 2022

Bevölkerungs- und Wohnungszählung

Zum Stichtag 15. Mai 2022 findet in Deutschland der nächste Zensus statt. Mit dieser statistischen Erhebung wird ermittelt, wie viele Menschen in Deutschland leben, wie sie wohnen und demografische Informationen zu Menschen, Haushalten und Familien in Deutschland und seinen Regionen. Viele Entscheidungen in Bund, Ländern und Gemeinden beruhen auf diesen Daten.

Die Ergebnisse des Zensus sind eine Grundlage für die Planung etwa von Wohnungen, Verkehrsnetzen oder Bildungseinrichtungen. Auf Basis der Bevölkerungszahlen erfolgen zum Beispiel die Einteilung der Wahlkreise, die Stimmverteilung im Bundesrat sowie der Länderfinanzausgleich und der kommunale Finanzausgleich.

Wer wird befragt?

Anders als bei einer traditionellen Volkszählung (bei der alle Bürgerinnen und Bürger direkt befragt werden) müssen beim Zensus nur 10% der Bevölkerung eine Auskunft leisten, da in Deutschland ein sogenannter registergestützter Zensus durchgeführt wird und die Bevölkerungsdaten somit in erster Linie aus Verwaltungsregistern stammen.

Per Zufallsverfahren werden Anschriften ausgewählt, an denen alle dort lebenden Personen befragt werden. Das sind etwa 10,2 Millionen Bürgerinnen und Bürger. Außerdem werden alle Bewohnerinnen und Bewohner in Wohnheimen und Gemeinschaftsunterkünften gezählt. Die Gebäude- und Wohnungszählung richtet sich

an alle 23 Millionen Wohnungs- und Gebäudeeigentümerinnen und -eigentümer.

Teilnehmende an der Befragung der Haushalte und Wohnheime erhalten eine schriftliche Terminankündigung von einer Interviewerin oder einem Interviewer.

Alle Eigentümerinnen und Eigentümer von Wohneigentum werden für die Gebäude- und Wohnungszählung vom zuständigen Statistischen Landesamt postalisch kontaktiert.

Wenn ein Haushalt für den Zensus ausgewählt wurde, sind grundsätzlich alle in diesem Haushalt lebenden Personen auskunftspflichtig – unabhängig vom Alter oder Staatsbürgerschaft. Unter bestimmten Voraussetzungen kann auch stellvertretend ein Haushaltsmitglied antworten.

Die Teilnahme am Zensus ist gesetzlich verpflichtend.

Wie wird die Befragung durchgeführt?

Die Bevölkerungszählung gliedert sich in eine kurze persönliche Befragung, die ca. 10 Minuten dauert und von Interviewerinnen und Interviewern, sogenannten Erhebungsbeauftragten, durchgeführt wird. Weitere Fragen werden vorrangig online beantwortet.

Die Gebäude- und Wohnungszählung findet über eine Online-Fragebogen statt. Die Zugangsdaten dazu erhalten die Teilnehmenden mit einem Anschreiben. Sollte keine Möglichkeit bestehen, die Fragen online zu beantworten, erhalten die Befragten einen Papierfragebogen.

Weitere Infos unter www.zensus2022.de

Wiederherstellung der NASPA Filialstruktur

SPD-Rheingau-Taunus schließt sich der SPD Waldems zur Wiederherstellung der flächendeckenden Filial- und Servicestruktur an und will im Kreis daraufhin wirken

Die SPD Waldems freut sich über die große Unterstützung der Orts- und Stadtverbände auf dem Parteitag der SPD-Rheingau-Taunus. Die Genossen haben dort den Antrag der Waldemser Sozialdemokraten zur flächendeckenden Wiederherstellung der Naspa Filial- und Servicestruktur im Rheingau-Taunus angenommen. „Wir freuen uns über diese Solidarität mit den Waldemser im Einsatz für eine flächendeckende Naspa Filial- und Servicestruktur.“ erklären Lars Christ und Edmund Nickel.

Am 1. April wurde die Naspa SB-Filiale in Waldems Esch geschlossen. Seitdem ist

Waldems nun von Finanzdienstleistungen abgeschnitten. Besonders für ältere und immobile Waldemser Mitbürgerinnen und Mitbürger ist es nun mit einem hohen Aufwand verbunden Geld abzuheben, Auszüge zu tätigen oder die Miete zu überweisen. Denn um die Servicestruktur der Sparkasse zu nutzen, müssen die Waldemser einen längeren Weg auf sich nehmen. „Die Naspa kommt somit als öffentlich-rechtliches Institut nicht mehr ihrer Aufgabe der Gemeinwohlorientierung nach, sondern handelt nur noch rein betriebswirtschaftlich. Da ist für uns eine rote Linie überschritten“ stellt Lars Christ auf dem Parteitag klar.

Besonders ernüchternd ist diese Entscheidung für die Waldemser auch unter dem Gesichtspunkt, dass viele zukunftsorientierten Investitionen in Waldems vorangetrieben werden. „Es ist höchst frustrierend, wenn sich alle Gemeindevertreter zusammen dafür einzusetzen ihre Heimat zukunftsweisend fortzuentwickeln, sei es mit dem Bau eines Seniorenheims, der Ausweisung von Neubaugebieten oder Investitionen in Millionenhöhe in die Wasserinfrastruktur und dann entfällt mit einer Nachricht weitere Infrastruktur und auch Gemeindeattraktivität.“ macht das langjährige SPD-Parlamentsmitglied Nickel vor den Kreisdelegierten deutlich.

In dem nun verabschiedeten Antrag werden die Kreisvertreter der SPD RTK damit beauftragt sich dafür einzusetzen, dass die flächendeckende Service- und Filialstruktur der Naspa im Landkreis wiederhergestellt werden soll. Ein positives Beispiel kann anhand der Rheingauer Volksbank gezogen werden, die trotz zunehmender Online-Angebote ihr Filialnetz ausweitet. Falls dies nicht gelingen sollte, wird die SPD-Kreistagsfraktion im selben Antrag aufgefordert sich für neue Wege zur Wiederherstellung der flächendeckenden Filial- und Servicestruktur einzusetzen. Der Kreativität ist in diesem Fall freien Lauf gelassen, darunter besteht auch die Möglichkeit, die Kreiseinlagen bei der Naspa abzuziehen und zur Schaffung einer eigenen Kreissparkasse zu nutzen.

„Die SPD-Rheingau-Taunus hat eine solidarische Botschaft an die Waldemser gesendet, darüber freuen wir uns sehr. Der Einsatz für die Naspa und somit die Infrastruktur vor Ort geht in die nächste Runde.“ stellen beide Sozialdemokraten abschließend klar.

Der Krieg bleibt im Kopf

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine treibt Millionen Menschen in die Flucht, in die Nachbarländer, auch nach Deutschland. Ein Krieg ist immer grausam. Es sind jedoch die Menschen, die leiden. Selten der Aggressor. Geflüchtete haben schreckliche Dinge erlebt und oftmals traumatisierende Kriegs- und Fluchterfahrungen gemacht. Aber allein der Umstand, dass die Heimat bombardiert, Familien zerrissen, umgebracht, vergewaltigt und gefoltert werden ist eine enorme Belastung, die niemanden kalt lässt.

Mehr als fünf Millionen Menschen sind aus der Ukraine geflüchtet und haben ihre Heimat verlassen müssen. Etwa 400.000 ukrainische Flüchtlinge sind in Deutschland registriert, die meisten Frauen und Kinder, da die Männer in der Ukraine für den Kampf verpflichtet wurden.

Die tatsächliche Zahl für Deutschland liegt höher. Eine Registrierung ist für Ukrainer:innen nur notwendig, um Sozialleistungen zu erhalten oder offiziell arbeiten zu können. Innerhalb der vergangenen Jahrzehnten flüchteten innerhalb weniger Wochen aus keinem anderen Land so viele Menschen nach Europa wie aus der Ukraine.

Viele Menschen können gar nicht aus der Ukraine flüchten. Entweder weil sie auf Grund ihres Alters nicht mobil sind und zurückbleiben müssen oder weil sie irgendwo beschossen werden.

Einige Flüchtlinge kehren auch wieder zurück in ihre Heimat. Vor allem in die Regionen, aus denen sich die russischen Truppen zurückgezogen haben.

Doch viele ukrainische Flüchtlinge werden zumindest kurzfristig nicht in ihre Heimat zurückgehen können. Vor diesem Hintergrund muss bereits jetzt über eine möglichst gute Integration und soziale Versorgung nachgedacht werden. Dazu gehört die Integration in den Arbeitsmarkt, genauso wie in Schulen, Kindergärten und in ein soziales Umfeld (Wohnung, Sportvereine etc.). Auch medizinische Versorgungsstrukturen sind elementar für die Geflüchteten.

Grundsätzlich ist davon auszugehen, dass die Ukrainer:innen relativ gute Voraussetzungen für die Integration in den Arbeitsmarkt haben, vor allem mit Blick auf ihre Qualifikation. In Bezug auf Sprachkenntnisse scheinen ihre Voraussetzungen zunächst weniger gut. Was sich auch an der

sozialen Ungleichheit an den Geflüchteten zeigt. Schon bei der Flucht aus der Ukraine wurden beispielsweise Studierende aus afrikanischen Ländern auf Grund ihrer Hautfarbe anders behandelt und die Flucht erschwert. Aber auch diejenigen beispielsweise, die der englischen Sprache mächtig sind (meist junge Menschen), werden ganz anders behandelt.

Im schulischen Bereich zeigt sich, dass die Voraussetzungen für eine Integration ebenfalls recht gut sind. Wenn gleich es sogar Stimmen gibt, die eine schulische Integration auf Grund der hervorragenden digitalen Ausstattung und dem immer noch gut funktionierendem ukrainischen Schulsystem (Distanzunterricht) gar nicht für notwendig erachten.

Bei all den bürokratischen Voraussetzungen und Integrationsmöglichkeiten fällt jedoch eines immer wieder auf: die enorme Hilfsbereitschaft ehrenamtlich engagierter Menschen. Ohne diese Menschen würde es oft schon an der Unterbringung und an dem nötigsten Hab und Gut hapern. Vor allem würde der menschliche Aspekt fehlen. Denn auch wenn die Geflüchteten zunächst in Sicherheit sind, der Krieg bleibt im Kopf. Menschen die aus den Kriegsgebieten flüchten und Schreckliches erlebt haben, brauchen neben der Grundversorgung oftmals das Menschliche. Das Zuhören, das Gespräch, vielleicht die Umarmung, das Gefühl sicher zu sein. Das geht nur über das Miteinander, das Helfen, die Integration, das Mitmachen bei Sport, Musik, Gebet, Feierlichkeiten, etc.

Bei all der Spendenbereitschaft gibt es leider auch immer wieder mal „schwarze Schafe“, die die Hilfsbereitschaft der Menschen für eigene Zwecke ausnutzen. Wenn Sie für die Ukraine oder die Flüchtlinge spenden wollen, wenden Sie sich an seriöse Institute. Eine Übersicht für Spendenmöglichkeiten im Rheingau-Taunus-Kreis und die Ansprechpartner haben die Jusos Rheingau-Taunus auf Ihrer Webseite <https://jusos-rtk.de/ukrainehilfe/> zusammengestellt.

Die wichtigsten Informationen zum Aufenthaltsrecht, Gesundheit etc. stellt der Rheingau-Taunus-Kreis auch in ukrainischer Sprache hier zur Verfügung <https://www.rheingau-taunus.de/migranten/ukraine.html>

Es ist beeindruckend, dass das immer wieder gut funktioniert. Die Hilfs- und Spendenbereitschaft der Menschen ist enorm und gebührt allen Respekt. Das war schon

bei der Flüchtlingskrise 2015, bei der Ahrflut und auch jetzt wieder deutlich spürbar. Das ist erfreulich, wenngleich es auch nachdenklich stimmt, dass es offenbar keine Möglichkeit gibt, von staatlicher Seite schneller auf solche Situationen zu reagieren.

Die Organisation der Unterbringung und Integration von Geflüchteten läuft über die Gemeinden und Städten. Im Rheingau-Taunus-Kreis gibt es derzeit etwa 1.400 ukrainische Geflüchtete, die meisten sind in Sammelunterkünften untergebracht. Waldems hat derzeit rund 40 ukrainische Geflüchtete untergebracht. Ansprechpartnerin für Waldems ist Brigitte Hörning. Brigitte.hoerning@gemeinde-waldems.de

Russlands Überfall auf die Ukraine

„Wir sind heute in einer anderen Welt aufgewacht“, sagte die Außenministerin Annalena Baerbock am 24. Februar 2022 – der Tag des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine. Ein kurzer Satz, der beschreibt wie unfassbar für uns alle der russische Einmarsch in die Ukraine war, aber auch die Dimension zeigt, die dieser Krieg mit sich bringt.

Sicher hätte man den Angriff Russlands auf die Ukraine hervorsehen können. Anzeichen und Warnungen an die Politik gab es genügend. Man hätte Wladimir Putin vielleicht mehr zuhören müssen. Seine Drohungen und Reden nicht als „cheap talk“ oder Bluff abtun dürfen, sondern mehr darauf achten müssen, was Putin sagte. Doch ein „hätte-hätte“ ist im Nachhinein leicht gesagt. Europa, aber besonders Deutschland, hat seit dem zweiten Weltkrieg eine pazifistische Grundeinstellung entwickelt. Das ist mit Blick auf die Geschichte verständlich. Dass man versucht, die Friedensordnung der Nachkriegszeit soweit wie möglich aufrecht zu erhalten, resultiert genau daraus. Doch ein Stück weit ist das auch Wunschdenken und das bekommen wir gerade deutlich vor Augen geführt.

Der Ukraine Krieg sorgt für ein neues Denken in Deutschland. Außen- und Sicherheitspolitik wird plötzlich wieder neu diskutiert. Putin ist ein unberechenbarer Aggressor, der nicht nur die Ukraine bedroht, sondern aktuell auch den Balkan und ganz Europa. Das definiert auch die

Verteidigungspolitik von Deutschland völlig neu. Es wird nun auch in der Gesellschaft deutlich, dass die Bundeswehr nicht nur zur Unterstützung der Verbündeten oder für Einsätze während der Corona-Pandemie und bei Flutkatastrophen gebraucht wird, sondern ganz konkret auch zur Verteidigung unseres Landes. Der Wehretat soll aufgestockt werden, damit die Bundeswehr im Zweifel genau das tun kann: unser Land verteidigen. 100 Milliarden Euro sollen für die Ausrüstung investiert werden. Aus Sicht der Autorin ein längst fälliges Etat, das für Material und Erneuerung eingesetzt werden muss und eben nicht mit Aufrüstung verglichen werden kann. Es müssen Gelder bereitgestellt werden, um unsere Bundeswehr für einen Verteidigungsfall auszurüsten. Nachdem die Bundeswehr für solche Fälle nicht mehr vorgesehen war, ist vieles einfach nicht repariert, gewartet und neu angeschafft worden. Natürlich tut das weh. Kriege und Waffen zu finanzieren, ist nicht das was man sich in einer westlichen, weitestgehend gut situierten Gesellschaft wünscht. Viel eher sollte das Geld in soziale Projekte fließen. Doch solange es in der Welt noch testosterongesteuerte Größenwahnsinnige gibt, wäre es blauäugig, sicherheitspolitisch nicht nachzusteuern. Die feindliche Übernahme der Ukraine ist also auch ein Weckruf, über die eigene Sicherheit in Deutschland und Europa nachzudenken. Das eigentliche Ziel von Wladimir Putin wird immer deutlicher, je länger dieser schreckliche Krieg andauert. Es ist nicht allein die Ukraine, wie auch die Bedrohungen jüngst im Balkan zeigen. Putin verfolgt die Wiederherstellung des russischen Imperiums. Das gefährliche ist, dass dieser russische Imperialismus mit einem arroganten Mehrheitsnationalismus einhergeht. Konfliktforscher Lars-Erik Cedermann sieht gar einen wachsenden Einfluss des nationalistischen Imperialismus. „Putin leitet seinen historischen Anspruch gerade daraus ab, dass er Ukrainern und Weißrussen die eigene Identität aberkennt. Sie seien Teil eines russischen Reiches, das schon immer da gewesen sei, wie die Wälder und die Berge. Da erstehen imperialistische Kräfte wieder auf, die nur zeitweise geruht haben.“

Imperialismus gepaart mit Nationalismus. Eine teuflische Gefahr, die auch von an-

deren Großmächten aus geht. Man denke an die osmanische Nostalgie des türkischen Präsidenten oder die chinesischen Großmachtphantasien von Xi Jinping. Sie haben gemeinsam, dass es ihnen nicht um ihr eigenes Volk oder um die Maximierung ihres Bruttosozialprodukts geht, sondern es geht ihnen schlicht um Putin, Erdogan und Xi Jinping.

Vor diesem Hintergrund ist die Politik Deutschlands und Europas gefordert sicherheitspolitisch neu zu denken. Die Autorin ist froh, dass man hierfür einen ruhigen und besonnen Kanzler hat, der lieber dreimal nachdenkt, als Schnellschüsse abzuliefern. Wenngleich auch der Wunsch besteht, dass deutlich mehr kommuniziert wird und an den Gedanken teilgenommen werden kann. Denn jeder Umbruch bedeutet immer auch Unsicherheit und in einem Krieg kommen noch weitere existenzielle Ängste hinzu. Auch die Angst nach einem Atomkrieg ist in den Köpfen vorhanden. Die Angst um Freunde und Verwandte, die in der Ukraine leben oder als Flüchtlinge in unser Land kommen, die Angst um die Zukunft unseres Landes, um Europa um die Welt. Damit muss die Gesellschaft klarkommen und dafür braucht es ein deutliches Mehr an Kommunikation. Allein die letzten Jahre der Corona-Pandemie haben gezeigt, wie wichtig Kommunikation ist. Lässt man die Menschen mit ihren Sorgen und Ängsten allein, spaltet das nicht nur die Gesellschaft, es sorgt auch für innenpolitische Unruhen. Etwas das man in dieser Situation nicht auch noch braucht.



Print offsetdruck
for you

Beratung
Mediengestaltung
Offsetdruck
Digitaldruck
Weiterverarbeitung
Werbeartikel

Qualität und Service
werden bei uns groß geschrieben.

Sie müssen sich nicht mit zahlreichen Spezialisten für einzelne Teilleistungen auseinandersetzen. Wir bieten Ihnen einen Ansprechpartner, der alles für Sie koordiniert.

Wir agieren mit Erfahrung, Leidenschaft u. Können.

In der Marschbach 18
65529 Waldems-Esch
Fon 0 61 26.500 855
Fax 0 61 26.500 854
mail@print-offsetdruck-4u.de
www.Print-Offsetdruck-4U.de

Interview Bürgergruppe Bermbach e.V.

Hallo Frau Boll, hallo Frau Göres. Schön, dass wir heute mit Ihnen das Gespräch führen dürfen und wir Ihnen heute nicht nur Fragen stellen, sondern vor allem zuhören möchten. Zuhören, was die Bürgergruppe Bermbach e.V. eigentlich ist und macht.

Stellen Sie sich doch bitte kurz vor. Wie sind Sie zur Bürgergruppe Bermbach gekommen?

Martina Boll (Vorsitzende): Ich komme ursprünglich aus Schwalbach am Taunus. In den 80er Jahren bin ich mit meinem Mann nach Bermbach gezogen. Wir fühlen uns hier schon immer wohl. Waren aber beide berufsmäßig sehr eingebunden und hatten für ehrenamtliche Tätigkeiten einfach keine Zeit. Ich habe immer die Menschen bewundert, die das konnten. Aber beide voll berufstätig und drei Kinder, das ging für uns nicht. 2015 bin ich in Pension gegangen, ich war Lehrerin und Grundschulleiterin. Mein Mann war schon in der Bürgergruppe für den Grillplatz zuständig und so war es naheliegend, dass ich mich in der Bürgergruppe engagiere. Martina Göres wollte den Vorsitz nicht mehr machen, weil sie mit der Bücherei und anderen Projekten schon so viel Zeit investiert. Da hat das gepasst und ich wurde 2018 Vorsitzende der Bürgergruppe. Es macht mir viel Freude. Ich arbeite gern mit Menschen zusammen, wir leben gerne hier und ich möchte durch mein Engagement etwas für die Gemeinschaft zurückgeben. Außerdem habe ich noch andere Ehrenämter, wie z.B. das Café Jedermann von der Initiative Quartier 4.

Nähere Informationen zum Café Jedermann und zu Quartier 4 finden Sie unter: <https://www.quartier4-taunus.de/>

Martina Göres (2. Vorsitzende): Ich habe das Amt der Vorsitzenden 2008 übernommen, als Herr Lehnert verstorben ist und bis 2018 innegehabt. Die Bürgergruppe wird lokal von den Bürgern mitgetragen. Das ist wirklich schön. So viele helfen, wenn Hilfe gebraucht wird. Handwerker und Firmen vor Ort sind sehr kooperativ. Ich habe mit der Bücherei, die als Teilbereich der Bürgergruppe sehr unterstützt wird, viel zu tun. Ich habe so viele Ideen, die ich umsetzen möchte. Es wird demnächst eine Krimilesung mit Tim Frühling geben. Wir arbeiten in vielen Projekten mit dem Kindergarten zusam-

men und betreiben intensive Leseförderung mit Kindern und Jugendlichen. Es gibt einen Leseclub und regelmäßige Ferienselektprojekte. Der Vorsitz in der Bürgergruppe wurde einfach zu viel und ich bin sehr froh, dass Martina Boll das macht.

Was macht die Bürgergruppe Bermbach und welche Aufgaben hat sie sich



Martina Boll, Martina Göres

Foto Tanja Pfenning

gestellt bzw. welche Ziele und Projekte hat sie sich vorgenommen?

Martina Boll: Die Bürgergruppe wurde 1997 gegründet – anlässlich der 1.225 Jahrfeier Bermbach. Einer der Gründer war Otto Lehnert, der langjährige Leiter der Bücherei und ein selbst-loser, ehrenamtlich sehr engagierter Bermbacher. Damals wie heute war und ist die Gemeindebücherei ein Teil der Bürgergruppe Bermbach. Martina Göres leitet die Bücherei. [Anmerkung der Redaktion: Was ihr auch sichtlich viel Freude bereitet]

Martina Göres und Helga Klaffke aus Steinfischbach wurden im August 2021 für ihren jahrzehntelangen hervorragenden Einsatz als ehrenamtliche Bibliothekarinnen mit dem Ehrenamtspreis des Rheingau-Taunus-Kreises ausgezeichnet und mit einer kleinen Gemeindefeier geehrt.

Ein anderer Teil ist die Heimatpflege und Heimatkunde.

Die Umgebung kennenlernen, Pflege der Wege und Plätze und Bänke. Die Bürgergruppe hat über 25 Bänke aufgestellt die regelmäßig gepflegt und gestrichen werden. Seit 2001 wird auch der Grillplatz von der Bürgergruppe gepflegt und auch vermietet. Der Grillplatz verfügt über Strom, Wasser, Toiletten und einen Backofen. Die Einnahmen kommen wieder neuen Projekten oder der Pflege bestehender Projekte zugute. Ein Problem ist allerdings die zunehmende Vermüllung und Vandalismus.

2018 haben wir den Dorfplatz renoviert. Die Sitzbank um den Baum wurde neu gestaltet und zwei Sitzgruppen aus Holz wurden aufgestellt. Hierfür haben wir Gelder aus einem Dorfwettbewerb vom Land und Kreis erhalten.

Ein großes und teures Projekt war der Stromkasten am Dorfplatz. Bisher kam der

Strom über lange Zuleitungen von der Feuerwehr. Für Veranstaltungen, wie die Kaffee-Runden an Pfingsten, aber beispielsweise auch für die Palmensteller, die an den vier Donnerstagen vor Weihnachten Glühwein anbieten, war das mühselig. [Anmerkung der Redaktion: Die „Palmensteller“ sind die Kerbeborsche von 1983]. Die Palmensteller haben ihre Einnahmen aus dem Glühwein-Verkauf der Dorfgestaltung gespendet. 1.200 Euro kamen so zustande. Eine Gruppe von Frauen hat an die Tradition des Glühweins der Palmensteller angeknüpft und eine „Apfelweingruppe“ gegründet und beispielsweise den „Hessischen Abend“ angeboten. Ein Teil der Einnahmen wurde auch hier in den Stromkasten investiert. Den Stromkasten nutzen nun natürlich alle, die ihn brauchen, nicht nur die Bürgergruppe. So haben alle in Bermbach etwas davon. Es finden verschiedene Veranstaltungen statt, z. B. am 01.Mai das Pick-nick mit Rundgang um Bermbach, Kaffeetrinken auf dem Dorfplatz an Pfingsten uvm.

Unser neuestes Projekt ist die Betreuung der Streuobstwiesen in den Benderwiesen. Die Obstbäume sind vorhanden, mussten aber gepflegt und geschnitten werden. Unterstützt wird die Gruppe von Ortsbeirat und Gemeinde. Streuobstwiesen bieten vielen Tier- und Pflanzenarten eine ökologische Nische. Sie sind wichtig für uns und unsere Natur und tragen zur Erhaltung einer wertvollen Kulturlandschaft bei. Für die Bäume suchen wir noch Paten, die „ihren“ Baum begleiten und die Früchte ernten.

Eine Baumpatenschaft kostet 25 Euro im Jahr. Dafür unterstützt man nicht nur die Pflege, man bekommt auch die Ernte von „seinem Baum“. Weitere Informationen unter <https://www.buergergruppe-bermbach.de/baumpatenschaft-fuer-apfelbaum/>

Die Bäume wurden bereits gekennzeichnet und die Wiese mit dem Hinweis beschildert, dass man die Früchte nicht abernten soll. Zwei Bäume werden dem Kindergarten kostenfrei zur Verfügung gestellt.

Martina Göres: Ein weiteres Projekt ist der Klangwanderweg. Ein Mitglied der Bürgergruppe hat so etwas in seinem Ur-



Martina Boll, Martina Göres, Lars Christ und Titus Mertens

Foto Tanja Pfenning

laub gesehen und mit seiner Begeisterung eine Gruppe innerhalb der Bürgergruppe angesteckt. Sie haben sich einen bestehenden Klangwanderweg im Odenwald angesehen und fanden das so toll, dass sie das auch für Waldems verwirklichen möchten. Auf einem Wanderweg werden selbstgebaute Instrumente aufgestellt, die natürlich gepflegt und gewartet werden müssen, die aber insbesondere durch ihren Klang im Wind faszinieren. Wir freuen uns, dass die Gemeindevertretung hier bereits finanzielle Unterstützung zugesagt hat. Einen Teilbereich möchten wir zum Jubiläum „50 Jahre Waldems“ fertig stellen. Im Zuge des Gemeindejubiläums möchten wir auch andere Vereine animieren, sich der Idee anzuschließen. Wir könnten uns vorstellen, dass der Waldemser Rundweg, der über 28 km geht, an verschiedenen Stellen durch Vereine und Initiativen aufgewertet. Es gibt bereits viele Ideen dazu z. B. einen Trimm-Dich-Pfad, Naturlehrpfad, CO2 Lehrpfad o.Ä. Ein erstes gemeinsames Treffen mit den Waldemser Vereinen hat schon stattge-

funden. Es war sehr konstruktiv und die ersten Planungen laufen bereits.

Für den Grill- und Dorfplatz haben wir übrigens Schilder zur Müllvermeidung aufgestellt. Und die Panorama Schilder oberhalb des Grillplatzes / Schanze hat auch die Bürgergruppe damals aufstellen lassen. Die Schilder am Ortseingang werden wir vor dem Jubiläum auch noch neu streichen.

Welche Auswirkungen hatte Corona für die Bürgergruppe?

Martina Boll: Gar nicht mal so viel. Wir konnten nicht feiern, aber vieles ist einfach weitergelaufen. Die Pflege und Instandhaltung müssen ja dennoch erfolgen. Wir

haben den Grillplatz coronakonform hergerichtet und gesäubert, aber er konnte nicht vermietet werden. Die Sitzungen des Vorstands wurden digital durchgeführt. Übrigens hatten wir vor kurzem unsere Mitgliederversammlung mit Wahlen. Hier wurden erfreulicherweise zwei jüngere Leute in den Vorstand gewählt. Elena Keßler (24) und Jan Abel (33) möchten insbesondere die Vernetzung mit anderen Vereinen vorantreiben.

Wie kann man bei der Bürgergruppe Bermbach e.V. mitwirken oder Mitglied werden?

Martina Boll: Am einfachsten ist es, auf unserer Webseite den Antrag auszufüllen und zuzusenden. Eine Mitgliedschaft kostet derzeit 6 Euro pro Jahr.

Martina Göres: Mitgliederwerbung machen wir nur sporadisch mal bei der Kerb oder bei anderen Angelegenheiten. Man kann uns auch einfach beim Dorffest oder bei unserem 25-jährigen Jubiläum auf dem Grillplatz ansprechen.

Wo sehen Sie die größten Herausforde-

rungen in den nächsten Jahren?

Martina Boll: Sicher der Klangweg. Die Instrumente hierfür werden selbst gebaut. Auch hier sind die Planungen bereits fortgeschritten und drei Objekte sind bereits in Planung bzw. Bau. Nächste Veranstaltungen:

Dorffest am 09./10. Juli 2022

25-jähriges Jubiläum der Bürgergruppe Bermbach: 04.09.2022

Direkt Mitglied werden:

<https://t1p.de/MitgliedsantragBuergergruppe>

Martina Göres: Als nächstes planen wir für die Jubiläumsfeier die alte Bermbacher Schulchronik zu veröffentlichen. Wir haben das 1827 begonnene, teilweise in Sütterlinschrift verfasste Dokument übersetzt und werden durch Fotos ergänzt, drucken lassen. Zwei fleißige Mitglieder haben in den letzten 10 Jahren alle Presseveröffentlichungen, die Bermbach betreffen, gesammelt und in stundenlanger Arbeit daraus ein jährliches Pressearchiv angelegt.

Was kann die Politik speziell für die Bürgergruppe Bermbach tun?

Martina Boll: Vieles läuft wirklich gut, vor allem auch die Zusammenarbeit mit der Gemeinde. Wir freuen uns, wenn unsere Ideen auch weiterhin Unterstützung finden.

Welche Botschaft haben Sie noch für unsere Leserinnen und Leser?

Werdet Mitglied! Unterstützt uns gerne auch nur projektbezogen.

Die Webseite der Bürgergruppe Bermbach e.V. wird von Paul Boll gepflegt und ist nicht nur topaktuell, sondern auch topp informativ. Einfach mal durchklicken: <https://www.buergergruppe-bermbach.de/>

Kontakt: Bürgergruppe Bermbach e. V.

Martina Boll

info@buergergruppe-bermbach.de

Telefon: 06126-989195

Spendenkonto:

Volksbank Untertaunus

IBAN: DE22510917000017347705

BIC: VRBUDE51XXX

Vielen Dank für das nette Gespräch! Das Interview führten Titus Mertens, Lars Christ und Tanja Pfenning.

Waldems hat eine unglaublich starke Vereinslandschaft. Viele Menschen engagieren sich hier ehrenamtlich und mit ganz viel Engagement. Über die Ortsteilgrenze hinaus sind sie oft wenig bekannt oder man hat davon gehört, weiß aber gar nicht, was sie so wirklich tun. Uns ist es ein Anliegen, mit Waldemser Vereinen, Bürgergruppen ins Gespräch zu kommen, sie und ihre Arbeit unparteiisch vorzustellen und vielleicht ein wenig dazu beizutragen, dass ihre Arbeit auch gehört und gesehen wird und vielleicht der eine oder die andere Lust bekommt, sich in den Vereinen, Initiativen und Bürgergruppen zu engagieren oder sich Initiativen vernetzen, um so gemeinsam etwas zu bewirken. Sie möchten, dass wir auch Ihren Verein vorstellen? Schreiben Sie uns: redaktion@spd-waldems.de

Die neue Grundsteuer

Grundsteuer-Erklärung wird ab 2022 zur Pflicht

Deshalb kommt damit für alle Eigentümer eine neue Pflicht: die Grundsteuer-Erklärung. Diese musst du im Zeitraum 01.07.2022 bis 31.10.2022 abgeben. Dabei spielt die Größe deines Grundstücks keine Rolle: Ob du nur eine kleine Einzimmerwohnung hast oder ein Haus und Garten – jeder muss die Erklärung abgeben.

Warum musste die Grundsteuer reformiert werden?

Im Jahr 2018 hat das Bundesverfassungsgericht entschieden, dass die Vorschrift, nach denen die Grundsteuer aktuell erhoben wird gegen den Gleichheitsgrundsatz und damit Artikel 3 des Grundgesetzes verstößt. Hintergrund ist unter anderem, dass die Werte, auf die sich die Grundsteuer-berechnung bezieht in den alten Bundesländern letztmalig im Jahr 1964 und in den neuen Bundesländern im Jahr 1935 festgestellt wurde.

Ziel dieser Reform ist es seitens des Gesetzgebers nicht, die Grundsteuer zu erhöhen. Vielmehr soll erreicht werden, dass für Grundstücke in gleicher Lage und gleicher Größe auch die gleiche Grundsteuer festgesetzt wird. Einige Haus- und Grundbesitzer werden mehr, andere weniger bezahlen. Unter dem Strich sollen die Kommunen aber deswegen nicht mehr einnehmen als bisher, jedenfalls nicht auf Grundlage dieser Steuerreform.

Es wird also sowohl „Verlierer“ als auch „Gewinner“ geben. Diejenigen, bei denen sich die Grundsteuer ermäßigt, werden die Reform sicherlich begrüßen. Allerdings

werden diejenigen, bei denen sich die Grundsteuer erhöht, ihr Missfallen in mehr oder weniger deutlicher Weise äußern. Es ist aber darauf hinzuweisen, dass die „Verlierer“ durch die Grundsteuerreform eigentlich nicht benachteiligt werden, sondern dass „nur“ ihre seit Jahrzehnten bestehende Begünstigung zukünftig nicht mehr gewährt wird. Zum jetzigen Zeitpunkt lässt sich jedoch nicht sagen wer mehr bzw. weniger Grundsteuer zahlen wird.

Alle Eigentümer müssen handeln

Der Countdown zur neuen Grundsteuer hat bereits begonnen. Für **jedes Grundstück** muss eine Erklärung zur Feststellung des Grundsteuerwertes (Grundsteuer-Erklärung) abgegeben werden. Es können nicht mehrere Grundstücke oder Häuser in einer Erklärung erklärt werden.

Erschwerend kommt hinzu, dass die Erklärung elektronisch per ELSTER eingereicht werden muss. Das Finanzamt wird keine Formulare zu der Grundsteuererklärung veröffentlichen. Es will damit erreichen, dass Unterlagen nicht in Papierform eingereicht werden. Bei insgesamt ca. 36 Millionen Grundstücken und damit auch Grundstücks-Erklärungen ist dies natürlich verständlich. Für Härtefälle (sehr strenge Auslegung) kann eine Befreiung gemäß § 150 der Abgabenordnung von der elektronischen Abgabeverpflichtung beim zuständigen Finanzamt beantragt werden.

Um Elster nutzen zu können benötigt man ein sog. ELSTER Zertifikat, welches man vorab beantragen muss. Unter www.els-ter.de muss ein Benutzerkonto angelegt werden. Im Anschluss muss man sich mit den persönlichen Daten (u.a. Steuernummer und Steuer-ID) registrieren. Im Anschluss wird das Finanzamt als Mail eine Aktivierungs-ID und einen dazu passenden Aktivierungs-Code per Brief an dich versenden mit welchem du das Zertifikat herunterladen kannst.

Um die **Abgabefrist** im Oktober einzuhalten, sollte man sich gut vorbereitet. Außerdem gibt es noch weitere **Grundsteuer-Termine** (siehe Liste auf der nächsten Seite) zu beachten.

Wer muss die Grundsteuer zahlen?

Mit der Grundsteuer wird in Deutschland Grundbesitz besteuert. Wohnst du also in deiner eigenen Eigentumswohnung oder besitzt ein Grundstück, musst auch du diese Steuer entrichten.

Neue Grundsteuer: Was muss ich beachten?

Ab dem 01.01.2022 wird jedes Grund-

stück in Deutschland neu bewertet – also auch dein Haus bzw. deine Eigentumswohnung. Damit die neue Grundsteuer berechnet werden kann, muss das Finanzamt und die Gemeinde den Wert deiner Immobilie ermitteln.

Was hat es mit der Grundsteuer C auf sich?

Zu den bisherigen Grundsteuern „A“ (agrарische Nutzung) und „B“ (bauliche Nutzung) kommt die Kategorie „C“ hinzu. Sie erstreckt sich auf unbebaute, aber baureife Grundstücke. Sie soll deren Eigentümer zum Bauen animieren statt Grundstücke über längere Zeiträume hinweg brach liegen zu lassen. Mit dieser Grundsteuer C **können** Städte und Gemeinden durch einen gesonderten Hebesatz baureife Grundstücke höher belasten als die übrigen unbebauten Grundstücke.

Angaben für die Grundsteuer-Erklärung

In der Grundsteuer-Erklärung musst du verschiedene Angaben zu deinem Einfamilienhaus bzw. deiner Eigentumswohnung machen. Bist du Eigentümer einer Eigentumswohnung, gehört dir nicht nur die Wohnung selbst, sondern auch ein Teil des gemeinschaftlichen Eigentums (z.B. Grundstück, Gemeinschaftsräume). Dazu gehören deine Anteile am gesamten Gebäude und vom Grund und Boden. Dieser Miteigentumsanteil muss in der Grundsteuer-Erklärung angegeben werden. Wie hoch dein Miteigentumsanteil ist, kannst du der Teilungserklärung und dem Grundbuchauszug entnehmen.

Auch bei einem Einfamilienhaus kannst du Miteigentümer sein. Gehört deinem Ehepartner und dir das Haus gemeinsam, beträgt der Miteigentumsanteil jeweils die Hälfte.

Gibst du deine Grundsteuer-Erklärung nicht rechtzeitig ab, kann das für dich teuer werden. Das Finanzamt kann dann Strafen wie Zwangsgeld oder Verspätungszuschlag ansetzen

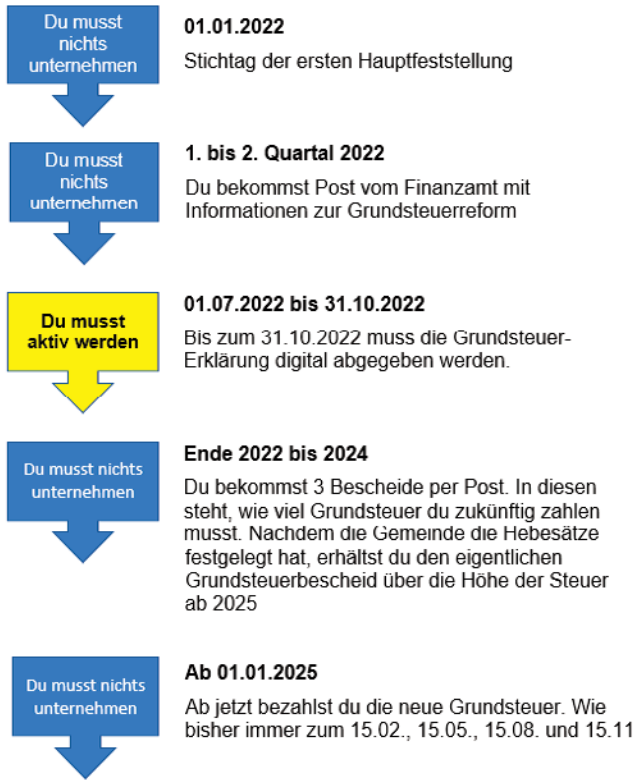
Zur Vorbereitung der Grundsteuer-Erklärung im Anhang **Checklisten**.

Auf unserer Webseite www.spd-waldems.de findest du die nachfolgend abgebildeten Checklisten zum Ausdrucken.

Was passiert nach der Abgabe der Grundsteuer-Erklärung?

Bis zum 31.10.2022 musst du die Grundsteuer-Erklärung für dein unbebautes oder bebautes Grundstück und/oder Eigentumswohnung abgeben. Ab dem Jahr 2023 erhältst du dann die entsprechenden Bescheide vom Finanzamt und später von der Gemeinde. Die neuen Grundsteuer-Beträge musst du erst ab 2025 zahlen.

Alle Grundsteuer-Termine im Überblick



**Checkliste Grundsteuer B
unbebaute und bebaute Grundstücke**

Checkliste gilt auch für die Grundsteuer C

Für die neue Grundsteuer wird für alle unbebauten und bebauten Grundstücke des Grundvermögens, und hierzu zählen beispielsweise auch Eigentumswohnungen, der Grundsteuerermessungsbetrag in Hessen unter Anwendung des Flächen-Faktor-Verfahrens nach dem Hessischen Grundsteuergesetz ermittelt (Grundsteuer B).

Eigentümerinnen und Eigentümer **müssen** für jedes Grundstück eine Erklärung zum Grundsteuerermessungsbetrag abgeben, unabhängig davon, ob du dein Grundstück selbst nutzt oder es vermietet.
Die elektronische Abgabe der Erklärung ist verpflichtend und kann ab dem 1. Juli 2022 erfolgen. Erst ab dem 1. Juli wird der digitale Vordruck in ELSTER angezeigt.

Fristende für die Abgabe der Erklärung ist der 31. Oktober 2022.

Angaben die zur Ausfüllung der Erklärung benötigt werden:

<input type="radio"/>	Aktenzeichen Du findest das Aktenzeichen (16-stellig), bisher auch „Einheitswert-Aktenzeichen“, „EW-Az.“ oder ähnlich genannt, entweder auf den Einheitswertbescheid des Finanzamts oder den Abgabenbescheiden bzw. Grundsteuerbescheiden der Kommune.
<input type="radio"/>	Zuständiges Finanzamt Zuständig ist das Finanzamt, in dessen Bezirk der Grundbesitz liegt
<input type="radio"/>	Lage des Grundstücks Straße und Hausnummer Postleitzahl und Ort
<input type="radio"/>	Eigentümerinnen und Eigentümer Es sind alle Eigentümerinnen und Eigentümer mit Adressdaten zu erklären. Besitzt du eine Eigentumswohnung, dann bildet deine Wohnung ein Grundstück. Nur hierfür sind die (Mit-)Eigentümerinnen bzw. (Mit-)Eigentümer zu erklären.
<input type="radio"/>	Angaben zum Grund und Boden Es werden folgende Informationen aus dem Grundbuchauszug benötigt: - Gemarkung - Flur und Flurstück - Größe des Grundstücks - Grundbuchblattnummer und ggf. Miteigentumsanteil
<input type="radio"/>	Art der wirtschaftlichen Einheit Gemeint ist hier die Grundstücksart, also ob es sich um ein unbebautes oder bebautes Grundstück handelt oder ein Betrieb der Land- und Forstwirtschaft vorliegt

**Checkliste Grundsteuer A
Betriebe der Land- und Forstwirtschaft**

Maßgeblich für die Besteuerung sind die Verhältnisse der Betriebe der Land- und Forstwirtschaft **zum Stichtag 01. Januar 2022**. Die Ermittlung der Grundsteuer-Messbeträge für Betriebe der Land- und Forstwirtschaft erfolgt nach dem Bundesgesetz.

Eigentümerinnen und Eigentümer **müssen** für einen Betrieb der Land- und Forstwirtschaft eine Erklärung zum Grundsteuerermessungsbetrag abgeben. Die elektronische Abgabe der Erklärung ist verpflichtend und kann ab dem 1. Juli 2022 erfolgen. Erst ab dem 1. Juli wird der digitale Vordruck in ELSTER angezeigt.

Fristende für die Abgabe der Erklärung ist der 31. Oktober 2022.

Angaben die zur Ausfüllung der Erklärung benötigt werden:

<input type="radio"/>	Aktenzeichen Sie finden das Aktenzeichen (16-stellig), bisher auch „Einheitswert-Aktenzeichen“, „EW-Az.“ Oder ähnlich genannt, entweder auf den Einheitswertbescheid des Finanzamts oder den Abgabenbescheiden bzw. Grundsteuerbescheiden der Kommune.
<input type="radio"/>	Zuständiges Finanzamt Zuständig ist das Finanzamt, in dessen Bezirk der Betrieb der Land- und Forstwirtschaft liegt.
<input type="radio"/>	Lage des Betriebs bzw. Lage des Flurstücks Zur Lage gehören Straße, Hausnummer, Postleitzahl und Ort. Falls eine Adresse nicht vorhanden ist, bezieht sich die Lage auf Katasterdaten (Gemarkung, Flur, Flurstück) und die Grundbuchblattnummer.

Die Finanzverwaltung wird ihnen in Zusammenarbeit mit der hessischen Katasterverwaltung im Laufe des Monats Juni 2022 die Möglichkeit geben, einen „Sonderkatasterauszug Hessen – Grundsteuerreform (LuF)“ online und kostenfrei über die Hessische Verwaltung für Bodenmanagement und Geoinformation abzurufen. Dieser enthält neben der Auflistung ihrer Flurstücke die weiteren zu erklärenden Daten, sowie diese der Finanzverwaltung vorliegen. Den Link auf den Sonderkatasterauszug finden sie im Juni auf der Homepage zur Grundsteuerreform.
<https://finanzamt.hessen.de/Grundsteuerreform/Grundsteuer-A-in-Hessen>

Achtung: Einen Betrieb der Land- und Forstwirtschaft bilden auch einzelne bzw. mehrere land- und forstwirtschaftliche Flurstücke, welche verpachtet sind, ungenutzt sind oder unentgeltlich überlassen werden. Dies gilt auch dann, wenn sie als Eigentümerin oder Eigentümer selbst kein aktiver Land- oder Forstwirt sind.

Neu ist, dass Wohnteile, die bisher zum land- und forstwirtschaftlichen Vermögen gehörten, jetzt zum Grundvermögen (also der Grundsteuer B) gehören.

<input type="radio"/>	Wohnfläche von Gebäuden Bei reinen Wohngebäuden ist nur die Wohnfläche zu erklären. Die Fläche eines Arbeitszimmers gehört zur Wohnfläche. Die Wohnfläche finden du ggf. in ihren Bauunterlagen oder dem Kaufvertrag. Zur Wohnfläche zählen nicht: - Räume in Keller und Dachgeschoss, die nicht als Wohnraum dienen - Garagen, dienen sie Wohngebäuden, bleiben sie außer Ansatz, wenn sie in räumlichem Zusammenhang zum Wohngebäude stehen (z.B. angebaut oder freistehende Garagen auf dem Grundstück; Tiefgarage im Mietshaus) oder wenn ihre Grundfläche 100 Quadratmeter nicht überschreitet - Nebengebäude- sie bleiben unberücksichtigt, wenn sie Wohngebäuden dienen und ihre Gebäudefläche weniger als 30 Quadratmeter beträgt. Ein Nebengebäude kann beispielweise eine Scheune oder ein Gartenhaus sein.
<input type="radio"/>	Nutzungsfläche von Gebäuden Zur Nutzungsfläche zählen insbesondere Flächen, die gewerblichen, betrieblichen (Werkstätten, Büroräume,...) oder sonstigen Zwecken (z.B. Vereinsräume) dienen und keine Wohnflächen sind. Die Informationen zur Nutzungsfläche findest du ggf. in ihren Bauunterlagen oder dem Kaufvertrag.

Zum Bodenrichtwert müssen keine Angaben gemacht werden, diese Werte liegen der Hessischen Finanzverwaltung vor.

Neu ist, dass Wohnteile, die bisher zum land- und forstwirtschaftlichen Vermögen gehörten, jetzt zum Grundvermögen gehören. Die Finanzverwaltung wird hierzu rechtzeitig informieren.



Besondere Bildung - ohne Rückkehrplan in die Normalität

Gastbeitrag Birgid Oertel, Min.R'tin a. D, Elternbund hessen e.V.

Kein Kind zurücklassen

Recht auf Bildungsgemeinschaft



Eine Odyssee von mehr als einem halben Jahr haben wir 2021 in unserer ehrenamtlichen Tätigkeit im Elternbund hessen hinter uns gebracht, Alisha und Fenja, Zwillinge, wieder zurück in die Bildungsgemeinschaft aller Kinder zu führen. Alisha und Fenja haben 9 Jahre „ihres kleinen Lebens“ in verschiedenen Sonderwelten verbracht, nachdem sie als Kleinkinder Opfer kinderpornografischer Übergriffe geworden waren.

Die Normalität der Meldungen zu Kindesmissbrauch

Fast täglich hören wir von Kinderpornographie in kriminellen Vereinigungen wie Gladbeck, Lügde, etc.. Nach Ansicht von NRWs Innenminister Reul ist Kinderpornographie ein Massenphänomen. Die Zahl der betroffenen Kinder muss entsprechend hoch sein. Aber dazu steht die Empörung noch aus. Die betroffenen Familien, aber erst recht die vielen Kinder, bleiben im Regen stehen, über sie sind nur selten Informationen in den Zeitungen zu finden, erst recht nicht zu ihrer Rückkehr und den Konzepten in ihre schulische Situation.

2019 hatte die Polizei im Internet einen Ring von Männern in Hessen und NRW aufgespürt, die ihre eigenen und andere Kinder im Alter von einem Jahr und mehr im Netz „angeboten“ hatten. Dabei sind auch die Zwillinge Alisha und Fenja, die nach der Trennung ihrer Eltern vom Jugendamt dem Vater zugesprochen worden waren. Er bekomme Hartz IV und habe ohnehin keine Arbeit, während die Mutter ja ihre Ausbildung beenden könne. Außerdem habe sie noch ein weiteres Kind zu versorgen, so die Meinung des Jugendamtes.

Die Mutter habe die beiden Kinder regelmäßig an Wochenenden gesehen. Auch habe sie sie immer mal wieder vom Kindergarten abgeholt. Allerdings habe sie irgendwann vor dem Kindergarten der beiden Mädchen gestanden und vergebens auf sie gewartet. Erstaunt begrüßte sie damals die Erzieherin mit den Worten: „Ich dachte, Sie seien tot?“

Soziale Isolation – Folge für die Opfer

Niemand hatte recherchiert, ob die Mutter noch lebt.

Diese hatte sich bereits auf die Suche gemacht. Ihre beiden Mädchen waren mittlerweile im Kinderheim, da die Täter der Polizei im Netz aufgefallen und verhaftet worden waren. Die Mutter hatte niemanden interessiert.

Beim Jugendamt erhielt die Mutter irgendwann die Information, dass ihre Kinder in einem Kinderheim untergebracht worden seien. Auch hier war die Nachricht der Täter angekommen und angenommen worden, die Mutter sei tot. Eigentlich wollte die Mutter ihre Kinder von dort mitnehmen, aber das Jugendamt vermisste ein eingerichtetes Kinderzimmer. Deshalb mussten sich die 6-Jährigen noch weiter gedulden. Mit Hilfe des Weißen Rings schaffte die Mutter auch das und holte die Kinder zu sich.

Inzwischen waren die Kinder schulpflichtig und konnten die regionale Grundschule besuchen. Die Folgen für die Kinder - eine Traumatisierung - würde wohl niemand in Frage stellen. Oft waren die Kinder aufgrund ihrer Erschöpfung auf ihren Tischen in ihrer Klasse eingeschlafen.

Besorgt hatte die Grundschule die Mutter zu einem Gespräch zur Verbesserung der schulischen Situation ihrer Kinder eingeladen. Jugendamt, Sonderschule und zuständige Grundschule begegneten sich zum Wohl der Kinder am runden Tisch. Die Zwillinge, so die Meinung der Experten, seien am besten in der nahen gelegenen Sonderschule mit dem Förderschwerpunkt sozial emotionale Entwicklung aufgehoben.

Diese kooperiere ohnehin mit der Klinik, die die Kinder aufgrund ihrer Traumatisierung behandle. Die Mutter solle unterschreiben, so das Jugendamt, das Sorgerecht sei ihr schließlich eben erst zurückgegeben worden – der Vater war ja im Gefängnis - könne aber jederzeit wieder zurück ans Jugendamt

gehen.

Die Mutter hatte keine Wahl, unterschrieb aus Angst, ihre Kinder erneut zu verlieren. Wieder mussten die Kinder die Normalität verlassen; inklusive Unterstützungsangebote waren erst gar nicht in Aussicht gestellt worden. Diese Kinder bräuchten, so die Experten am runden Tisch, erst einmal Ruhe an einer Schule mit anderen Kindern, die selbst Unterstützung benötigten.

Sorge um die schulische Entwicklung Bereits nach kurzer Zeit an der Sonderschule bemerkte die Mutter, dass sich das Lernangebot an der Sonderschule für ihre beiden Mädchen von dem ihres älteren Sohnes erheblich unterschied. Sie ließ das Gefühl nicht mehr los, ihre Kinder würden den Anschluss nach einer möglichen Rückschulung nicht schaffen. Sie machte sich deshalb auf den Weg, ihre Kinder zurück an eine allgemeine Schule zu bringen. Ein hilfloses Unterfangen, wie es sich sehr schnell herausstellte. Ihre Anträge blieben ungehört bzw. wurden abgelehnt. Sie „putzte Klinken“ an mehreren Schulen in der Umgebung, am Wohnort ihrer Mutter, von der sie immer mal als allein Erziehende Unterstützung brauchte; schließlich schaltete sie eine Rechtsanwaltskanzlei zur Unterstützung der Rückschulung ein. Ebenfalls ohne Erfolg!

Ende Juni 21 stellten wir vom Elternbund hessen mit der Mutter einen Antrag auf Rückschulung ihrer Kinder. Ihre vorschulische Geschichte sowie ihre Schulzeit an einer Sonderschule veranlassten uns zur Bitte an die Bildungsverwaltung, die beiden 10-Jährigen in eine 3. Klasse der Regelschule einzuschulen, die auch der ältere Bruder der Kinder besucht. Unserer Meinung nach sollten sie Zeit haben, ein Stück Gemeinsamkeit in der Normalität einer Grundschule nachzuholen und die während ihrer Zeit in der Sonderschule aufgetretenen Lerndefizite auszugleichen. Schweigen aus der Bildungsverwaltung – erst zwei Monate nach Antragstellung und mehrmaliger Nachfrage hat es ein Telefongespräch zur weiteren Vorgehensweise gegeben. Wir wurden mit dem Gefühl zurückgelassen, es gäbe keinen Rückkehrplan aus der Sonderschule.

Im Oktober 21 hatte es dann ein erstes Gespräch zur Beauftragung eines Rückführungsgutachtens gegeben. Bis Weihnachten solle es fertig werden, damit die beiden Mädchen unmittelbar nach den Weihnachtsferien wechseln können. Bis zur Fertigstellung des Gutachtens waren wieder drei kostbare Monate in der isolierten Schulsituation verstrichen.

Vorbereitung der Rückschulung

Ende Januar konnte es zu einem ersten Ge-



point S Reifendienst Henke
Reifen, Räder, Auto-Service.

www.reifen-henke.de

Sofortmontage ohne Termin

Limburger Straße 4 • 65529 Waldems
Telefon 06126 / 2972 • Telefax 06126 / 51497
Reifen-Henke@gmx.de

sprach zur Rückkehr in die Normalität kommen. Das Beratungs- und Förderzentrum hatte das Gutachten mit der Aussage formuliert, es gebe keinen sonderpädagogischen Förderbedarf mehr. Trotzdem wurde zunächst ein Förderausschuss einberufen. Erst nach unserem Hinweis, dass ein solcher nur bei fortbestehendem sonderpädagogischem Förderbedarf stattfinden darf, wurde ein Gespräch zur regulären Einschulung in der Grundschule geführt. Statt einer 3. Klasse – wie beantragt – war aber eine 4. Klasse mit der Trennung der Zwillinge vorgesehen. Die beiden Mädchen, die 9 Jahre nur sich selbst hatten, sollten jetzt nach Ansicht von Pädagogen in der gewonnenen Normalität getrennt starten.

Als Begleiter der Mutter lehnten wir das ab. Die Mutter wollte für ihre Kinder zu Recht endlich die Normalität, hatten sie doch keinen sonderpädagogischen Förderbedarf mehr. Ihr und unser Wunsch war, diesen Kindern etwas von der verpassten Zeit in der Gemeinschaft zurückzugeben, die ihnen vorenthalten worden war. Bereits zwei Jahre vorher hatte die behandelnde Klinik der Mutter signalisiert, ihre Kinder können dahin zurück, wo alle anderen Kinder auch sind. Hätte dazu nicht die Sonderschule aktiv werden müssen, statt die Mutter im Regen stehen zu lassen?

Mutter und elternbund hessen wurden in einem zweiten Gespräch – fast 8 Monate nach Antragstellung auf Rückführung - Anfang Februar 2022 von der Schule interessiert und unterstützend angehört. Alisha und Fenja werden im zweiten Halbjahr der 3. Klasse in die Normalität zurückkehren. Ihre personellen Ressourcen bleiben allerdings an der Schule, an der sie nicht mehr sind, an der Sonderschule.

Fazit:

Die uns im elternbund hessen erreichte Bitte von zwei misshandelten Mädchen hat uns als im Ehrenamt Tätige intensiv beschäftigt. Inklusive Bildung ist nicht einfach zu erreichen, aber die Rückkehr aus Sonderschulen ist nahezu unerreichbar. Für diese Kinder gibt es keinen Rückkehrplan, so dass das Handeln der Schulverwaltung auf solche Rückkehranträge gar nicht eingestellt ist. Mitte Januar gab es eine Anfrage von Monitor, ob uns aus Sonderschulen zurückgekehrte Kinder bekannt seien. Diese Anfrage mussten wir verneinen.

Als Elternvertreter*innen gehen wir allerdings davon aus, dass außer „unserer“ Zwillingmutter weitere Eltern ihre Kinder aus den Sonderschulen rückschulen wollen. Die Frage ist, wie das Verfahren dazu initiiert und durchgeführt wird? Wer über-

prüft die schulische Situation? Wer kümmert sich um den Unterstützungsbedarf in einem inklusiven Setting? Welche unabhängige Stelle nimmt zu den Gutachten der Sonderschulen Stellung? Wer begleitet die Kinder zurück?

Immer mehr Menschen stellen die Gutachten in Frage. Niklas in NRW war 6 Jahre zu Unrecht an einer Sonderschule für geistige Entwicklung. Marie hatte ebenfalls ein Gutachten über eine geistige Behinderung und ist heute bei den Klassenbesten. Können wir es uns beim Fehlen von Menschen in so vielen Berufen noch leisten, kleine Menschen Förderschwerpunkten zuzuordnen, die sie niemals zu einem Abschluss führen und ihnen damit die Selbstständigkeit so wie ein gesichertes Einkommen verwehrt? Es sind immer mehr, die uns durch sonderpädagogische Begutachtungen verloren gehen so wie bei-

nahe auch unsere Zwillinge. Es kann nicht dem ehrenamtlichen Zufall überlassen werden, ob diese Kinder wieder zurückkommen. Und es sind immer wieder Ehrenamtliche, die sich um dieses Schicksal kümmern. Es braucht einen verbindlichen, auf den Menschenrechten basierenden Rückführungsplan, der wie bei einem Antrag auf einen Personalausweis die Normalität - in der Gemeinschaft aller - dieser jungen Menschen wieder herstellt.

Der elternbund hessen e.V. wurde im Jahr 1979, als Zusammenschluss reformorientierter Eltern in Hessen gegründet. Er setzt sich für eine humane Schule, in der Kinder miteinander und voneinander lernen und in der jedes Kind seine individuellen Fähigkeiten entwickeln kann, ein. Weitere Informationen: www.elternbund.de

Fahrgemeinschaft per App / Neuer Service im RTK



Der tägliche Weg zur Arbeit ist die ideale Grundlage für Fahrgemeinschaften: überlappende Routen, ähnliche Arbeitszeiten und freie Sitzplätze in nahezu jedem Auto. Im Rheingau-Taunus-Kreis pendeln jeden Tag rund 90.000 Menschen zur Arbeit. In der Regel sitzt nur eine Person im Fahrzeug. Freie Plätze im Auto bleiben ungenutzt, Ressourcen werden verschwendet und die Straßen sind voll.

Deshalb bietet der Rheingau-Taunus-Kreis nun eine innovative, digitale und kommunale Mitfahrplattform für PendlA an. „PendlA“ heißt die kostenlose Online-Plattform. Gemäß der Devise "Aus Nachbarn werden Mitfahrer" wird auf Fahrgemeinschaften gesetzt und eine effiziente Möglichkeit, passende Mitfahrer für die Strecke zum Arbeitsplatz zu finden. Und das mit dem Komfort und der Flexibilität des Autos und trotzdem klimaschonend und den Geldbeutel entlastend. „PendlA“ ist somit die Mitfahrzentrale für alle, die jeden Tag mit dem Auto zur Ar-

beit fahren und auf der Suche nach passenden Mitfahrern sind.

PendlA macht die Suche nach Mitfahrern für den täglichen Arbeitsweg zum Kinderspiel. PendlA ist ein Online-Dienst und auf allen modernen Smartphones, Tablets sowie am PC zu Hause oder am Arbeitsplatz verfügbar.

Die Anmeldung erfolgt über die Webseite: <https://rheingau-taunus.pendlA.com/de>

Nach einmaliger Registrierung werden einfach Start und Ziel eingegeben, passende Mitfahrer ausgewählt und anschließend wird gemeinsam gefahren.



Schiedsfrau im Amt bestätigt

In der Gemeindevertreter-Sitzung vom **10.02.2022** wurde beschlossen das Kerstin Lerch weiterhin das Amt als Scheidsfrau in Waldems begleitet. Ebenfalls freuen wir uns, dass Stefan Moog als ihr Stellvertreter ernannt wurde.

Weitere Informationen zum Schiedsamt finden Sie auf unserer Internetseite unter spd-waldems.de unter der Rubrik „Rotkehlchen“ in Ausgabe 4 / Seite 7

Umfrage zu 50. Jahre Waldems

Liebe Waldemserinnen, liebe Waldemser,

dieses Jahr ist das Jahr der Jubiläen in unserer Gemeinde. Viele Vereine und Institutionen feiern runde Geburtstage, Bermbach feiert gar seinen 1.250 Geburtstag. Ja und unser Waldems hat auch Geburtstag. 1972 wurden die sechs Ortsteile Bermbach, Esch, Niederems, Wüstems, Reichenbach und Steinfischbach zu einer Gemeinde zusammengefügt: Waldems. Wir möchten den runden Geburtstag zum Anlass nehmen und nachfragen, was Ihnen an Waldems besonders gefällt, aber auch was vielleicht nicht gefällt und vielleicht gibt es für das „Geburtstagskind“ auch noch nette Wünsche für die Zukunft?

Wir würden uns freuen, wenn Sie uns die kleine Umfrage ausfüllen und bis 30.09.2022 zurücksenden. Per Mail oder Post oder über persönliche Kontakte. Alternativ finden Sie hier unsere Umfrage online: <https://www.umfrageonline.com/c/w97tytif>

Wohnen Sie in Waldems?

(Oder haben Sie mal in Waldems gewohnt?)

Ja im Ortsteil

Nein

Welcher Altersgruppe gehören Sie an:

12 Jahre oder jünger

13 – 25 Jahre 26 – 45 Jahre

46 – 60 Jahre 61 Jahre oder älter

**Was gefällt Ihnen in Waldems besonders?****Was gefällt Ihnen in Waldems gar nicht?****Für die Waldemser Zukunft wünsche ich mir:**

Bitte Ideen notieren, was in Waldems verbessert, anders oder neu gemacht werden kann.

Waldemser Rotkehlchen.

Impressum

Herausgeber:

SPD-Ortsverein Waldems
Vertreten durch:
Klaus-Dieter Humm
An der Linde 4a, 65529 Waldems

Redaktion:

Titus Mertens, Tanja Pfenning
Lars Christ, Felix Lerch, Patrick Dörn

Haftung:

Alle Angaben ohne Gewähr. Die Redaktion prüft alle Beiträge nach bestem Wissen und Gewissen, dennoch besteht kein Haftungsanspruch.

Layout, Satz:

Patrick Dörn

Auflage: 3.000

© SPD Waldems

Alle Ausgaben werden auch unter
www.spd-waldems.de veröffentlicht.

Das ärgert uns:



Sicheres Wasser ist die Grundlage für Leben, Ernährung und Gesundheit. Durch die trockenen letzten Jahre wurden die verfügbaren Wasserressourcen übernutzt, sodass diese sich nicht wieder vollständig regenerieren können. Umso unverständlicher ist es, wenn Mitbürger von uns das kostbare Wasser zum Rasensprengen benutzen.

Das freut uns:



Die Aktionen der Rüstigen Rentner Reichenbach (R³-Gruppe) erfreuen uns sehr. An vielen Stellen haben sie zum Beispiel neue Bänke aufgestellt oder bestehende Bänke repariert. Ihre neue Spendenaktion für weitere Projekte verdient es unterstützt zu werden. Weitere Informationen zur R³-Gruppe inkl. Spendenkonto gibt es auf www.spd-waldems.de.

SPD Ortsverein Waldems

Dein Ortsverein für deine Partei.

Mach Mit!

Jetzt anmelden!

www.spd-waldems.de/mitmachen



Wir trauern um

Georg Schneider

Mit Bestürzung haben wir den Tod unseres langjährigen Parteifreunds aufgenommen.

Georg hat über Jahrzehnte hinweg wesentlich die Arbeit der SPD Waldems geprägt. Er hat die sozialdemokratischen Werte engagiert und mit stets einem offenen Ohr für die Anliegen der Menschen in Niederems und der Gemeinde Waldems vertreten.

Viele persönliche Erinnerungen sind mit ihm verbunden. Seine Kameradschaft und Freundschaft werden uns fehlen. Wir verabschieden uns in Hochachtung und Dankbarkeit. Wir werden sein Andenken in Ehren halten.

SPD Waldems

Fotorätsel - Wer kennt's?

Erkennen Sie, zu welchen Ortsteilen diese Wappen gehören? Rätseln Sie mit und schicken Sie uns Ihre Antworten bis 30.08.2022 an redaktion@spd-waldems.de! Aus allen richtigen Einsendern verlosen wir einen Gutschein für den Supermarkt in Esch im Wert von 10 Euro!



Die auf den Bildern des letzten Fotorätsels gezeigten Wappen gehören zu den Ortsteilen Niederems, Bermbach und Wüstems. Gewinnerin ist Ilona Kleinert aus Bermbach. Herzlichen Glückwunsch.

Der Rechtsweg ist ausgeschlossen! Teilnehmen können alle Waldemser Bürgerinnen und Bürger. Mitglieder der Redaktion und deren Angehörige sind von der Teilnahme ausgeschlossen!